

Unis wehren sich gegen höhere Studiengebühren

Sparkurs Im Bereich Bildung und Forschung soll eine halbe Milliarde gespart werden.

460 Millionen Franken. So viel möchte der Bundesrat jährlich bei der Bildung, Forschung und Innovation sparen. Dagegen wehren sich nun Swissuniversities, der ETH-Rat, der Schweizerische Nationalfonds (SNF), Innosuisse und die Akademien der Wissenschaften. Sie haben gestern die Sparmassnahmen kritisiert.

Sie wollen, dass der Bund die Bildung verschont, denn «eine Investition in Wissen bringt noch immer die besten Zinsen», zitierte Michael Hengartner, Präsident des ETH-Rats, den Gründervater der USA, Benjamin Franklin. Bei der Bildung zu sparen, verstärke dagegen den Fachkräftemangel. Gut ausgebildete Fachkräfte seien wichtig, um in der Schweiz ein hohes Lohnniveau zu ermöglichen, was sich positiv auf die Steuereinnahmen auswirke. Das Entlastungspaket schwäche auch die Forschungstätigkeit der Hochschulen. Und weniger Geld in Forschung zu investieren, schade der Wirtschaft. Sogar die nationale Sicherheit sehen die Sparpaketgegner in Gefahr. Werde doch an den Unis auch Forschung für die Früherkennung von Naturkatastrophen betrieben sowie für die Cybersicherheit und Technologien für die Energiewende.

Studieren nur noch Reiche?

Die Hochschulen stören sich auch an höheren Studiengebühren. Der Bundesrat schlägt vor, die fehlende Unterstützung mit höheren Gebühren der Studierenden zu kompensieren. Er stützt sich dabei auf Vorschläge der Expertengruppe um Serge Gaillard. Dort ist von einer stärkeren «Nutzerfinanzierung» die Rede. Die Studierenden würden schliesslich vom Studium später auf dem Arbeitsmarkt profitieren.

Der Bericht der Expertengruppe empfiehlt, die Gebühren für Einheimische zu verdoppeln und für ausländische Studierende zu vervierfachen.

Wie teuer das Studium tatsächlich werden könnte, ist aber noch nicht geklärt. Die ETH hat allerdings vorgerechnet: Sie soll 78 Millionen einsparen. Aktuell betragen die Studiengebühren 1460 Franken pro Jahr. Wenn man wie vorgesehen Studierende aus dem EU-Raum gleich behandeln wolle wie Einheimische, würde

eine Verdoppelung der Gebühren laut Hengartner nicht reichen. Es müssten alle Gebühren verdreifacht werden. Ein Studium würde somit rund 4500 Franken pro Jahr kosten.

Nicht alle hätten die finanziellen Mittel, ein Studium zu bezahlen. Bei einer Erhöhung der Gebühren sei der Zugang für Personen insbesondere aus bescheidenen Verhältnissen nicht mehr gewährleistet, was den sozialen Aufstieg verhindere, kritisieren die Unis.

Auch die Studierenden sind wütend: «Bereits heute sind über 70 Prozent der Studierenden auf

Ein ETH-Studium würde künftig rund 4500 Franken pro Jahr kosten.

Nebenjobs angewiesen, um sich das Studium finanzieren zu können», sagt Julia Bogdan, Co-Präsidentin des Verbands der Schweizer Studierendenschaften. «Wenn sie jetzt noch mehr arbeiten müssen, verlängert sich die Studiendauer und der Eintritt in den Arbeitsmarkt verzögert sich weiter.»

700 SNF-Projekte gefährdet

Ein weiteres Beispiel zu den Auswirkungen der Sparmassnahmen macht Torsten Schwede, Präsident des Nationalfonds. Die Bundesbeiträge an den SNF sollen um zehn Prozent gekürzt werden. In den Jahren 2026 bis 2028 hiesse das, «der Nationalfonds wäre gezwungen, die Finanzierung von 700 Forschungsprojekten abzuweisen», so Schwede. Und er ergänzt: «So können rund 2000 Stellen für junge Forscherinnen und Forscher nicht mehr finanziert werden.»

Michael Hengartner hat zwar grosses Verständnis für die Sparpläne des Bundes, an denen sich alle beteiligen müssten, aber «wir wollen, dass nicht ein Schaden generiert wird, der langfristig nicht mehr heilbar ist».

Die Vernehmlassung zum Entlastungspaket des Bundes dauert noch bis zum 5. Mai.

Sabrina Bundi